

((Noam Chomsky, *Interventions* >> Fünf Texte fürs Online-PDF, 18. Juni 2008))

Hinweis für die Leser von Noam Chomsky, *Interventionen* (Hamburg 2008):

Wie in der deutschen Buchausgabe (ISBN 978-3-89401-582-4) angemerkt, haben vier in der US-amerikanischen Originalausgabe (*Interventions*, Open Media Series, City Lights Books, San Francisco 2007) enthaltenen Beiträge sowie ein weiterer Text des Autors aus Platzgründen keinen Eingang in die Druckfassung gefunden. Der Verlag stellt diese fünf Texte hiermit als Datei zur Verfügung.

Hamburg, im Juni 2008

Edition Nautilus

Verlag Lutz Schulenburg

Übersetzung aus dem Englischen von Maren Hackmann

© by Noam Chomsky 2007

Deutsche Fassung: © Edition Nautilus, Verlag Lutz Schulenburg, Hamburg 2008

Inhalt

Über die Rentenversicherungskrise, die nicht vorhandene

Die Bush-Regierung während der Hurrikansaison

„Intelligentes Design“ und die Folgen

Die große Seele der Macht

Was würde ein Demokrat im Nahen und Mittleren Osten anders machen?

Über die Rentenversicherungskrise, die nicht vorhandene

29. Mai 2005

In der Debatte über unser staatliches Rentenversicherungssystem haben Präsident Bushs Leute schon ein paar Siege errungen, kurzfristig zumindest. Bush und sein stellvertretender Stabschef Karl Rove haben es geschafft, einen Großteil der US-Bevölkerung, einschließlich mehr als zwei Drittel der Studenten, davon zu überzeugen, dass es mit der Rentenversicherung ein echtes Problem gibt. So wurde erreicht, dass die Leute inzwischen ernsthaft darüber nachdenken, das Regierungsprogramm der Privatvorsorge anzunehmen, anstatt sich auf das staatliche Rentenversicherungssystem zu verlassen. Der Öffentlichkeit wird, wie zuvor schon mit der unmittelbaren Bedrohung durch Saddam Hussein und seine Massenvernichtungswaffen, gehörig Angst eingejagt. Der Druck auf die Politiker steigt, hoffen doch führende Vertreter des US-Repräsentantenhauses im nächsten Monat (Juni 2005) neue Gesetzesentwürfe zur Rentenversicherung einzubringen. Es mag für eine realitätsnahe Einschätzung des Ganzen hilfreich sein, sich zu vergegenwärtigen, dass das staatliche Rentenversicherungssystem der USA im Industrieländervergleich, wie aus einem neuen Bericht der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervorgeht, eines der knauserigsten ist.

Die Bush-Regierung möchte das staatliche Rentenversicherungssystem „reformieren“. Genauer gesagt: abschaffen. Mithilfe eines riesigen Propagandafeldzugs ist es der Regierung im Verein mit den Medien gelungen, eine „fiskalische Krise“ herbeizureden, die fast vollständig aus der Luft gegriffen ist. Sollte es bei der Rentenversicherung in ferner Zukunft tatsächlich zu Engpässen kommen, könnte man mit recht einfachen Mitteln Abhilfe schaffen, beispielsweise durch Anhebung der Einkommensobergrenze beim regressiven Beitragssatz. Nach der offiziellen Version werden die Babyboomer das System stärker belasten, weil die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber der Zahl der älteren Mitbürger abnehme, was ja auch stimmt. Aber wie erging es den Babyboomern im Alter von null bis 20 Jahren? Haben sich die Erwerbstätigen nicht um sie gekümmert? Und damals war die Gesellschaft sehr viel ärmer. Die demografische Entwicklung der 1960er Jahre stellte durchaus ein Problem dar, aber von einer Krise konnte keine Rede sein. Dem starken Geburtenanstieg begegnete man mit stark erhöhten Ausgaben bei Schulen und anderen Einrichtungen für Kinder. Das Problem war nicht sonderlich groß, als die Babyboomer im Alter zwischen null und 20 waren. Warum also soll eine Krise drohen, wenn sie im Alter zwischen 70 und 90 sein werden?

Die relevante Größe ist das sogenannte Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Erwerbstätigen und der Gesamtbevölkerung. Dieses Verhältnis befand sich 1965 auf dem Tiefpunkt. Nach Schätzungen der Sozialversicherungsbehörde wird ein solcher Punkt erst 2080 wieder erreicht. Prognosen, die so weit in die Zukunft reichen, sind bedeutungslos. Hinzu kommt, dass die Kosten für die Behebung fiskalischer Probleme, die bei der Versorgung der in die Jahre gekommenen Babyboomer auftreten könnten, längst gedeckt sind, denn zu diesem Behufe wurde 1983 der Rentenbeitragssatz angehoben. Und bis auch der letzte Babyboomer das Zeitliche gesegnet hat, wird die Gesellschaft um Einiges reicher sein, wird jeder Erwerbstätige ungleich mehr Reichtum produzieren. Mit anderen Worten: Wir sind über die angeblich bevorstehende Krise längst hinweg. Um sich etwaiger Probleme zu entledigen, wird es künftig allenfalls kleinerer Korrekturen bedürfen.

Unterdessen droht aber eine echte fiskalische Krise, und zwar bei der Gesundheitsversorgung. Die USA haben eines der ineffizientesten Gesundheitssysteme aller Industriestaaten. Die Pro-Kopf-Kosten liegen weit über jenen der anderen Länder, während die Leistungen mit zu den schlechtesten gehören. Das System ist privatisiert, und das ist einer der Gründe für seine Ineffizienz. Die Verwaltungskosten liegen sehr viel höher als beim US-amerikanischen Rentnergesundheitsdienst („Medicare“) und bei den gesetzlichen Krankenkassen anderer Länder, um nur einen der vielen schwerwiegenden Fehler zu nennen, die der privatisierten Gesundheitsversorgung innewohnen. Da Washington jedoch beim Gesundheitswesen keinen Reformbedarf sieht, stehen wir vor einem Paradox: Die echte und sehr ernste fiskalische Krise ist angeblich keine; und einer nicht vorhandenen Krise wird mit drastischen Maßnahmen begegnet, die auf die Aushöhlung eines effizienten und krisenfesten Systems abzielen. Vernunftbegabte Beobachter werden das Paradox zu ergründen suchen, indem sie der Frage nachgehen, inwieweit sich das Rentenversicherungssystem vom Gesundheitswesen unterscheidet.

Ein paar Gründe sind offensichtlich. Gegen ein Gesundheitssystem, das fest in der Hand von Versicherungsgesellschaften und Pharmakonzernen ist, kann man wenig ausrichten. Dieses System ist unantastbar und wird – ungeachtet der Tatsache, dass es (vom menschlichen Verlust ganz abgesehen) gewaltige finanzielle Probleme verursacht – unantastbar bleiben, bis irgendein anderer Sektor konzentrierter Macht, vielleicht die Verarbeitungsindustrie, sein Gewicht bei diesem Thema in die Waagschale wirft. Oder besser noch: bis die formalen demokratischen Institutionen im Lande so weit funktionieren, dass die öffentliche Meinung auf die Politikgestaltung Einfluss nehmen kann. Ein weiterer Grund: Die Reichen machen sich nicht viel aus der staatlichen Rentenversicherung, wohingegen sie für die Arbeiter, die

Armen und all jene, die sie mitzuversorgen haben, sowie für Menschen mit Behinderungen überlebenswichtig ist. Und als staatliches Programm mit niedrigen Verwaltungskosten hat das Rentenversicherungssystem auch den Finanzinstitutionen nichts zu bieten. Es nützt also, um Thorstein Veblens bitterböse Terminologie aufzugreifen, nur „den niedrigen Bevölkerungselementen“ und nicht den „Bürgern, die etwas darstellen“.

Ganz anders das Gesundheitssystem, das aus Sicht der Wichtigen eine segensreiche Einrichtung ist. Wie viel Gesundheitsversorgung einem US-Amerikaner zusteht, bemisst sich nämlich nach der Größe seines Portemonnaies. Für die Privatwirtschaft ist das Gesundheitswesen dank der Tatsache, dass die angewandten Managementpraktiken auf Profit statt auf Gesundheitsversorgung ausgerichtet sind, ein überaus einträgliches Geschäft. Die Behandlung der Unwichtigen erschöpft sich unterdessen in Belehrungen über Eigenverantwortung.

Der US-Kongress hat kürzlich eine Konkursrechtsreform beschlossen, mit der die niedrigen Bevölkerungselemente noch stärker in den Würgegriff genommen werden. Wenn in den USA jemand Bankrott macht, ist dies bei rund der Hälfte der Fälle auf Rechnungen im Gesundheitswesen zurückzuführen. Auch hier zeigt sich, dass die offizielle Washingtoner Politik im Widerspruch zur öffentlichen Meinung steht. Die meisten US-Amerikaner sind nach wie vor für eine staatliche Krankenversicherung. Wie eine Umfrage von *Washington Post* und ABC News aus dem Jahr 2003 ergab, ist für 80 Prozent der US-Amerikaner die Einrichtung einer jedermann zugänglichen Krankenversicherung „wichtiger als die Steuern niedrig zu halten“. Es ließen sich noch viele weitere Beispiele anführen.

Ganz abgesehen von diesen Überlegungen, basiert das staatliche Rentenversicherungssystem auf einem extrem gefährlichen Grundsatz: dass es einem nicht egal sein soll, ob die behinderte Witwe am anderen Ende der Stadt etwas zu essen hat. Die Befürworter einer „Rentenreform“ sähen es viel lieber, wenn man sich auf die Maximierung seines eigenen Warenkonsums konzentrierte und nur immer hübsch auf die Mächtigen hörte. Sich um anderer Leute Sorgen zu kümmern und etwa in Sachen Gesundheitsversorgung oder Rente gemeinschaftliche Verantwortung zu übernehmen, das ist höchst subversiv.

Die Bush-Regierung in der Hurrikansaison

30. September 2005

Während die Überlebenden des Hurrikans Katrina mühsam versuchen, wieder in den Alltag zurückzufinden, wird zunehmend deutlich, dass sich der Sturm schon lange vor der Tragödie zusammenbraute – in Form einer fehlgeleiteten Politik und einer unangebrachten Prioritätensetzung. In einem vor dem 11. September 2001 erschienenen Bericht hatte die US-Katastrophenschutzbehörde FEMA einen größeren Hurrikan in New Orleans als eine der drei wahrscheinlichsten in den USA zu befürchtenden Katastrophen genannt. Die anderen beiden: ein Terroranschlag in New York und ein Erdbeben in San Francisco.

Der Katastrophenschutz für New Orleans wurde bei der FEMA schon seit Januar (2005) als vordringliche Aufgabe angesehen – seit der damalige Direktor Michael Brown aus Asien zurückgekehrt war, wo er die vom Tsunami angerichteten Verwüstungen in Augenschein genommen hatte. „New Orleans war bei uns Katastrophenthema Nummer eins“, sagte Eric L. Tolbert, ein ehemaliger FEMA-Mitarbeiter, gegenüber der *New York Times*. „Wir waren wie besessen von New Orleans, wegen der Gefahr.“ Ein Jahr vor Katrina hatte die FEMA mit einem simulierten Hurrikan eine erfolgreiche Katastrophenschutzübung für New Orleans abgehalten, doch wurden ihre gut durchdachten Pläne nicht umgesetzt.

Das Versagen erklärt sich unter anderem aus der Tatsache, dass die USA mit Kriegsführen beschäftigt waren. Die in den Irak entsandten Nationalgardisten „nahmen viel von der benötigten Ausrüstung mit, darunter Dutzende Hochwasserfahrzeuge, Humvees, Tanklaster und Generatoren – Dinge, die im Falle einer größeren Naturkatastrophe im Bundesstaat selbst gebraucht würden“, berichtete das *Wall Street Journal*. „Ein hochrangiger Armeeangehöriger sagte, seine Teilstreitkraft würde die 4. Brigade der 10. Gebirgsdivision aus Fort Polk nur ungern für einen Einsatz zur Verfügung stellen, weil diese Einheit von mehreren Tausend Soldaten mitten in den Vorbereitungen für eine Stationierung in Afghanistan stecke.“ Auch bürokratische Machtspielchen wurden für wichtiger erachtet als der Katastrophenschutz. Ehemalige Mitarbeiter der FEMA erzählten der *Chicago Tribune*, unter Präsident George W. Bush habe „praktisch eine Marginalisierung“ der behördlichen Fähigkeiten stattgefunden: Die FEMA wurde in das US-Heimatschutzministerium eingegliedert und musste mit weniger Ressourcen einerseits und zusätzlichen Bürokratieebenen andererseits zurechtkommen, überdies den Weggang vieler ihrer fähigsten Mitarbeiter verkraften, die der Behörde enttäuscht den Rücken kehrten, und schließlich unter einem Chef funktionieren, dessen fachliche Eignung aus nichts weiter als seiner politischen Nähe zu Bush bestand. Die FEMA

sei einmal eine der „vordersten Bundesbehörden“ gewesen, dürfe inzwischen aber „nicht einmal mehr auf dem Rücksitz“ Platz nehmen, so Eric Holdeman, Direktor für Katastrophenmanagement in King County, Washington, gegenüber der *Financial Times*. „Die FEMA wurde in den Kofferraum des Heimatschutzautos verfrachtet.“

Bushs Haushaltskürzungen zwangen das Pionierkorps der US-Armee im Jahr 2004, seine Hochwasserkontrollmaßnahmen, darunter auch die so dringend nötige Befestigung der für den Schutz von New Orleans vorgesehenen Uferdämme, drastisch zu verringern. Bushs Haushalt für 2005 sah weitere deutliche Mittelkürzungen vor, womit die Regierung wieder einmal ihren ausgeprägten Sinn fürs Timing bewies, das in diesem Fall genauso passend war wie in Bezug auf die vorgeschlagenen großen Einsparungen bei der Sicherheit im öffentlichen Verkehrswesen, unmittelbar bevor es im Juli 2005 zu den Bombenanschlägen auf öffentliche Verkehrsmittel in London kam.

Auch mangelnder Umweltschutz trug seinen Teil dazu bei, dass der Sturm mit unverminderter Kraft wüten konnte. Feuchtbiotope, die die Wucht von Hurrikanen und Sturmfluten verringern helfen, waren, wie die Wasserpolitikexpertin Sandra Postel im *Christian Science Monitor* schrieb, „kaum vorhanden, als Katrina heranraste“. Dies sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass „die Bush-Regierung im Jahr 2003 beschloss, sich nicht länger an die während der Amtszeit des älteren Bush gefällte politische Entscheidung zu halten, wonach es ‚unterm Strich‘ keine Flächenverluste bei den Feuchtbiotopen geben durfte“.

Katrina hat unermessliches Leid über die Menschen gebracht, vor allem über die ärmsten Bewohner der Region. Als Anhaltspunkt für das ganze Ausmaß mag die Armutsrate von New Orleans dienen: Sie liegt bei 28 Prozent und ist somit mehr als doppelt so hoch wie der nationale Durchschnitt. Die US-amerikanische Armutsrate ist unter Bush gestiegen, das ohnehin unzureichende soziale Auffangnetz noch grobmaschiger geworden. Die Auswirkungen waren so krass, dass sich sogar die rechtsgerichteten Medien über das von Schicht- und Rassezugehörigkeit abhängige Ausmaß der Verwüstungen erschrocken zeigten. Während in den Medien drastische Szenen menschlichen Elends zu sehen waren, konnte man auf den hinteren Seiten der Zeitungen lesen, dass republikanische Führer keinen Moment zögerten, „die Rettungsbemühungen an der vom Hurrikan verwüsteten Golfküste zur Durchsetzung einer ganzen Reihe konservativer wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen zu nutzen“ (*Wall Street Journal*). Zu diesen Maßnahmen gehörten die Aufhebung jener Regeln, wonach vom Bund beauftragte Unternehmen ihre Mitarbeiter nach dem geltenden Lohntarif zu bezahlen haben, und das Verteilen von Gutscheinen an evakuierte Schulkinder – ein weiterer hinterhältiger Schlag gegen das öffentliche Schulwesen. Außerdem

gehörten dazu die Aufhebung von Umweltschutzbestimmungen, „ein Verzicht auf Erhebung der Erbschaftssteuer bei Todesfällen in den vom Sturm betroffenen Bundesstaaten“ – wovon die aus den Slums von New Orleans fliehenden Menschen zweifellos ganz enorm profitieren werden – und nicht zuletzt das nochmalige Erbringen des Beweises, dass der Zynismus keine Grenzen kennt.

Untergegangen in der Flut ist die Frage, woran es in den Großstädten fehlt und was zur Versorgung der Menschen zu tun wäre. Denn für Washington stehen ganz andere Dinge auf der Tagesordnung: die Ausweitung der US-amerikanischen Macht in der Welt sowie die Stärkung der Reichtums- und Machtkonzentrationen im Innern. Welchen Tribut eine solche Prioritätensetzung fordert, davon erzählen die schaurigen Bilder des Leids, das der Krieg über den Irak und der Hurrikan über die Golfregion gebracht hat.

„Intelligentes Design“ und die Folgen

2. November 2005

Präsident George W. Bush ist dafür, dass in Schulen nicht nur die Evolution, sondern auch „intelligentes Design“ gelehrt wird, „damit die Leute wissen, worum es bei dieser Debatte überhaupt geht“. Für Befürworter beruht das Konzept des intelligenten Designs auf der Überzeugung, dass das Universum viel zu komplex ist, als dass es sich allein durch Evolution oder natürliche Auslese hätte entwickeln können; daraus schließen sie, dass ein höheres Wesen nachgeholfen haben muss. Für die Gegner ist intelligentes Design nichts weiter als Kreationismus – also das Wörtlichnehmen der Schöpfungsgeschichte – in kaum verhüllter Form; oder sie finden das Konzept einfach nichtssagend, ungefähr so interessant wie „Das verstehe ich nicht“ – ein Satz, der der Beschäftigung mit wissenschaftlichen Problemen bekanntlich oft vorausgeht und einen bis zum Erkenntnisgewinn nicht mehr loszulassen pflegt. Es kann folglich gar keine „Debatte“ geben.

Der Evolutionsunterricht gestaltet sich in den USA seit Langem schwierig. Neuerdings gibt es sogar eine nationale Bewegung, die für das Lehren von intelligentem Design in Schulen wirbt. Jetzt ist dieses Thema, wie landauf, landab berichtet wurde, Gegenstand einer Gerichtsverhandlung in Dover, Pennsylvania, geworden. Die dortige Schulbehörde verlangte von den Schülern, sich im Biologieunterricht über intelligentes Design aufklären zu lassen. Daraufhin wurde sie von Eltern, denen die in der US-Verfassung verbürgte Trennung von Kirche und Staat nicht egal ist, verklagt.

Der Gerechtigkeit halber sollten die Redenschreiber des Präsidenten ihn vielleicht beim Wort nehmen, wenn sie ihn sagen lassen, die Schulen müssten für alle Ideen offen sein und im Unterricht stets alle Sichtweisen berücksichtigen. Ein Standpunkt, der bislang keinen Eingang in die Lehrpläne gefunden hat, obwohl seine Bedeutung doch auf der Hand liegt, ist das „böswillige Design“. Anders als das intelligente Design, für das es null Beweise gibt, kann sich das böswillige Design auf Unmengen empirischer Beweise stützen, in mancherlei Hinsicht sogar auf mehr Beweise als Darwins Evolutionstheorie, nämlich auf die Grausamkeit in der Welt. Wie dem auch sei. Hintergrund für die aktuelle Kontroverse um Evolution und intelligentes Design ist die weit verbreitete ablehnende Haltung gegenüber der Wissenschaft, ein Phänomen, das tief in der Geschichte der USA verankert ist und seit einem Vierteljahrhundert zynisch für beschränkte politische Zwecke ausgenutzt wird.

Beim intelligenten Design drängt sich einem die Frage auf, wie intelligent es ist, sich wissenschaftlichen Erkenntnissen über Dinge zu verschließen, die für unser Land und die

ganze Welt von allergrößter Wichtigkeit sind – Erkenntnissen über die Erderwärmung zum Beispiel. Ein altmodischer Konservativer würde die Ideale der Aufklärung hochhalten – Vernunft, Kritikfähigkeit, das Recht der freien Meinungsäußerung, Forschungsfreiheit – und versuchen, sie auf die moderne Gesellschaft zu übertragen. Die Gründerväter der USA, Kinder der Aufklärung, setzten sich für diese Ideale ein und verwandten große Mühe auf die Ausarbeitung einer Verfassung, die einerseits auf Religionsfreiheit pochte, andererseits aber auch die Trennung von Kirche und Staat festschrieb. Die USA sind, trotz der zuweilen messianischen Anwandlungen ihrer Führer, keine Theokratie. Aber in dieser unserer Zeit bringt die Feindseligkeit, die die Bush-Regierung gegenüber der wissenschaftlichen Forschung an den Tag legt, die ganze Welt in Gefahr. Die Zerstörung der Erde geht uns alle an, ob wir nun meinen, sie entwickle sich bereits seit Äonen, oder ob wir unser Erdkundewissen aus der Bibel beziehen.

In Vorbereitung auf den G8-Gipfel dieses Sommers (2005) forderten die Wissenschaftsakademien aller G8-Länder (einschließlich der US-amerikanischen „National Academy of Sciences“) zusammen mit ihren chinesischen, indischen und brasilianischen Pendanten die Führer der reichen Länder auf, unverzüglich etwas gegen die Erderwärmung zu unternehmen. „Das wissenschaftliche Verständnis des Klimawandels ist nun hinreichend klar, um sofortiges Handeln zu rechtfertigen“, erklärten sie. „Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle Länder kostenwirksame Maßnahmen benennen, die sie unverzüglich ergreifen können, um zu einer wesentlichen und langfristigen Verringerung der weltweiten Treibhausgasemissionen beizutragen.“ In einem Leitartikel bekundete die *Financial Times* ihre Zustimmung zu diesem „Alarmsignal“ und bemerkte dazu: „Es gibt da allerdings jemanden, der die Sache hinausschieben will, und dieser Jemand sitzt leider im Weißen Haus. ... George W. Bush besteht darauf, dass wir über dieses im wahrsten Sinne des Wortes weltbewegende Phänomen noch immer nicht genug wissen.“

Das Verwerfen wissenschaftlicher Erkenntnisse in Bezug auf Überlebensfragen ist Washington schon zur Routine geworden und passt zu Bushs ganzer Einstellung gegenüber den Naturwissenschaften. Ein paar Monate zuvor hatten führende US-Klimaforscher auf der Jahrestagung (2005) der „American Association for the Advancement of Science“ „die bislang zwingendsten Beweise“ dafür vorgelegt, dass die Erderwärmung vom Menschen verursacht wird, wie die *Financial Times* schrieb. Es sei mit beträchtlichen Auswirkungen auf das Klima zu rechnen, zum Beispiel mit einer starken Verringerung der Trinkwasservorräte in Regionen, wo die Wasserversorgung auf Flüsse angewiesen ist, die sich aus geschmolzenem Schnee und Gletschereis speisen. Andere namhafte Forscher belegten auf derselben Tagung,

dass das Schmelzen arktischer und grönländischer Eisdecken den Salzhaushalt der Meere verändert. Dadurch drohe „das ‚ozeanische Förderband‘ zum Stillstand zu kommen, das mithilfe des Golfstroms und anderer Strömungen tropische Hitze in Richtung der Polarregionen lenkt“. Diese Veränderungen könnten Nordeuropa ein deutlich kühleres Klima bescheren.

Wie schon die Erklärung der nationalen Wissenschaftsakademien im Vorfeld des G8-Gipfels so wurde auch die Präsentation der „bislang zwingendsten Beweise“ in den USA kaum zur Kenntnis genommen, und das obwohl in jenen Tagen gerade von der Umsetzung des Kyoto-Protokolls die Rede war, an dem sich die wichtigste Regierung partout nicht beteiligen will. Wohlgemerkt: die Regierung. Üblicherweise wird berichtet, die USA stünden weitgehend allein mit ihrer Ablehnung des Kyoto-Protokolls. Das stimmt allerdings nur, wenn wir uns bei den „USA“ die Bevölkerung wegdenken. Die ist nämlich sehr für den Kyoto-Vertrag. (Nach einer vom „Program on International Policy Attitudes“ im Juli [2005] durchgeführten Meinungsumfrage liegt die Zustimmungquote derzeit bei 73 Prozent.) Dass jemand sich weigert, auch nur zuzugeben, dass der Klimawandel ein Problem darstellt – geschweige denn, etwas gegen dieses Problem zu unternehmen –, weil er für die Naturwissenschaften nur ein müdes Lächeln übrig hat, kann man wohl nur „böswillig“ nennen. Folglich schließt die „moralische Klarheit“ der Bush-Regierung auch ihre Gewissenlosigkeit gegenüber dem Schicksal unserer Kindeskinde ein.

Die große Seele der Macht

13. Juli 2006

Edward Said hat sich in seinem Leben und Werk mit einer so bemerkenswerten Fülle von Themen auseinandergesetzt, dass das Treffen einer kleinen Auswahl eine Herausforderung darstellt. Ich werde mich hier auf zwei seiner Themen beschränken: die Imperialkultur und die Verantwortung von Intellektuellen, genauer gesagt, die Verantwortung derjenigen, die wir „Intellektuelle“ zu nennen pflegen, sofern sie die Möglichkeit haben, sich einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen, wofür Privilegien und Ressourcen vonnöten sind.

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich der Ausdruck „Verantwortung von Intellektuellen“ als doppelsinnig: Er unterscheidet nämlich nicht zwischen dem, was sein *sollte*, und dem, was *ist*. Die Verantwortung eines Intellektuellen *sollte* dieselbe sein, die auch jeder andere anständige Mensch trägt, allerdings insofern darüber hinausgehen, als ein Privilegierter mehr Möglichkeiten hat als ein Nichtprivilegierter und ihm daraus eine höhere moralische Verantwortung erwächst.

Fügsame Intellektuelle in brutalen und gewalttätigen Staaten verurteilen wir zu Recht für ihre „konformistische Unterwürfigkeit gegenüber den Machthabern“. Diesen Ausdruck gebrauchte Hans Morgenthau, einer der Begründer der Theorie der internationalen Beziehungen. Morgenthau bezog sich dabei aber nicht auf die Kommissarklasse des totalitären Feindes, sondern auf westliche Intellektuelle, deren Verbrechen ein ungleich schwereres ist, denn ihr Verhalten lässt sich nicht mit Angst vor Repression, sondern nur mit Feigheit und bereitwilliger Unterordnung unter die Macht erklären. Morgenthau schilderte, was *ist*, nicht, was sein *sollte*. Die Geschichte der Intellektuellen wird von Intellektuellen geschrieben. Da ist es nur folgerichtig, wenn sie uns als Verteidiger von Recht und Gerechtigkeit präsentiert werden, die sich für die höchsten Werte einsetzen und den Mächtigen und Bösen mit bewundernswertem Mut und unerschütterlicher Integrität die Stirn bieten. In Wirklichkeit ist die Geschichte ihres Wirkens weit weniger erbaulich.

Das Muster der „konformistischen Unterwürfigkeit“ findet sich schon in den ältesten uns überlieferten historischen Dokumenten. Der Schierlingsbecher wurde jenem Mann gereicht, der „die Jugend von Athen verdarb“, indem er ihr „falsche Götter“ vorsetzte; denjenigen, die den wahren Göttern des doktrinellen Systems huldigten, blieb ein solches Ende erspart. Die Bibel handelt zu einem Gutteil von Leuten, die gegen staatliche Verbrechen und unmoralische Praktiken aufbegehrten. Sie heißen „Propheten“, eine fragwürdige Übersetzung eines obskuren Wortes. Heute würde man diese Leute „unbequeme Intellektuelle“ oder

„Dissidenten“ nennen. Wie sie behandelt wurden, ist schnell gesagt: erbärmlich schlecht. Das ist die Norm für Dissidenten. Es gab in der Ära der Propheten auch hoch angesehene Intellektuelle, nämlich die Schmeichler bei Hofe. Im Matthäus-Evangelium heißt es: „Hütet euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber sind sie räuberische Wölfe! An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“

Die Dogmen, mit denen der staatlichen Macht immer wieder Edelmut bescheinigt wird, sind nahezu unangreifbar, auch wenn Kritiker sich hin und wieder einen Hinweis auf Fehler oder Versäumnisse gestatten. Der US-amerikanische Präsident John Adams stellte vor zwei Jahrhunderten ganz richtig fest: „Die Macht wähnt sich stets im Besitz einer großen Seele und eines den Verstand der Schwachen übersteigenden Weitblicks.“ Das ist das Grundübel jener unseligen Mischung aus Barbarei und Selbstgerechtigkeit, von der die imperiale Mentalität – und in gewissem Maße jede Autoritäts- und Herrschaftsstruktur – befallen ist. Wir dürfen dem noch hinzufügen, dass intellektuelle Eliten sich gemeinhin bemüßigt fühlen, dieser großen Seele ihre Ehrerbietung zu erweisen, wobei sie gern anmerken, es sei nur von Vorteil, wenn sie selbst an den Schalthebeln der Macht oder zumindest in deren unmittelbarer Nähe säßen.

Diese vorherrschende Sicht findet ihren Ausdruck üblicherweise in der Feststellung, es gäbe zwei Sorten von Intellektuellen. Da wären zunächst die „technokratischen, sich am politisch Machbaren orientierenden Intellektuellen“, verantwortungsbewusste, nüchtern reflektierende Leute mit konstruktiven Vorschlägen. Und dann gibt es da noch die „werteorientierten Intellektuellen“, eine finstere Schar von Leuten, die unsere Demokratie bedrohen, weil sie „es sich zur Aufgabe gemacht haben, sich in abschätzigen Äußerungen über die Führung zu ergehen, Autorität infrage zu stellen und etablierte Institutionen zu entlarven“. Die zitierten Worte stammen aus einer im Jahr 1975 erschienenen Studie der Trilateralen Kommission, bestehend aus liberalen Internationalisten aus den USA, Europa und Japan. Gemeinsam sannen sie über jene „Krise der Demokratie“ nach, die in den 1960er Jahren heraufzog, als Bevölkerungsgruppen, die sich normalerweise passiv und apathisch verhielten, Einlass in die politische Arena beehrten, um sich Gehör zu verschaffen und ihre „Sonderinteressen“ zu verfolgen. Diese respektlosen Personen schufen mit ihren Initiativen das Problem, das in der Studie als „Krise der Demokratie“ bezeichnet wird: Eine derart „übertriebene Demokratie“ gefährde den reibungslosen Ablauf der Staatsgeschäfte. Zur Überwindung der Krise müssten die Sonderinteressengruppen wieder auf die ihnen gebührende Rolle als unbeteiligte Beobachter reduziert werden, damit die „technokratischen, sich am politisch Machbaren orientierenden Intellektuellen“ ihrer konstruktiven Arbeit nachgehen könnten. Die störenden Sonderinteressengruppen, das sind Frauen, Jugendliche, Alte, Arbeiter, Bauern,

Minderheiten, Mehrheiten – kurzum, die Bevölkerung. Nur eine Sonderinteressengruppe blieb in der Studie unerwähnt: der Konzernsektor. Aber das ergibt ja auch einen Sinn. Schließlich vertritt der Konzernsektor das „nationale Interesse“. Und dass sich die Staatsmacht verpflichtet fühlt, das nationale Interesse zu wahren, wird doch wohl niemand zu bezweifeln wagen.

Die Reaktionen auf diese gemeingefährliche Zivilisierungs- und Demokratisierungstendenz haben unserer heutigen Zeit ihren Stempel aufgedrückt. Wer die für die Zukunft zu erwartenden Entwicklungen verstehen will, sollte sich zuallererst jene seit Langem bestehenden Grundsätze ansehen, von denen sich die Mächtigen bei ihren Entscheidungen und Aktionen leiten lassen. In der Welt von heute heißt das vor allem: sich die Grundsätze der USA anzusehen. Wenngleich sie im wirtschaftlichen und in fast jedem anderen Bereich nur eines von drei großen Machtzentren darstellen, übertreffen die USA hinsichtlich ihrer militärischen Vorherrschaft jede Macht der Weltgeschichte, und diese Vorherrschaft wird derzeit im Eiltempo weiter ausgebaut. Überdies können die USA in der Regel auf die Unterstützung Europas und Japans, der zweitgrößten industriellen Volkswirtschaft der Welt, zählen.

Die Gestaltung der US-Außenpolitik folgt doktrinen Vorgaben, an denen im Westen niemand rüttelt: die Journalisten nicht, bis auf wenige Ausnahmen auch die Gelehrten nicht, und auch diejenigen nicht, die am außenpolitischen Kurs manchmal etwas auszusetzen haben und deswegen als durchaus kritisch gelten. Der Leitgedanke dieser Doktrin ist die „Außergewöhnlichkeit Amerikas“, also die These, die USA würden sich von allen anderen Großmächten aus Vergangenheit und Gegenwart dadurch unterscheiden, dass sie ein „transzendentes Ziel“ vor Augen hätten, nämlich „die Schaffung von größtmöglicher Freiheit für jedermann in Amerika“, ja in aller Welt, denn „die Arena innerhalb deren die Vereinigten Staaten ihr Ziel verteidigen und vorantreiben müssen, umfasst nunmehr die ganze Welt“. Die von mir soeben zitierte Version dieser These ist besonders interessant, wenn wir bedenken, von wem sie stammt: von Hans Morgenthau. Allerdings brachte er diese Worte noch zur Zeit Kennedys zu Papier, bevor die USA die Barbarei des Vietnamkriegs auf die Spitze trieben. Die weiter oben zitierte Bemerkung machte Morgenthau hingegen im Jahr 1970, als sein Denken bereits in eine kritischere Phase getreten war.

Selbst unter den intelligentesten Persönlichkeiten von herausragender moralischer Integrität finden sich Verfechter der These von der „Außergewöhnlichkeit“. Sehen wir uns nur an, was John Stuart Mill in seinem klassischen Essay „A Few Words on Non-Intervention“ schrieb. Mill stellte die Frage, ob England in der hässlichen Welt intervenieren solle oder ob es besser

daran täte, sich aus fremden Angelegenheiten herauszuhalten und die Barbaren weiterhin ihr barbarisches Werk verrichten zu lassen. Nach nuancierten und komplexen Überlegungen gelangte er zu dem Schluss, dass England sich einmischen solle, wenngleich die Europäer „nach niedrigen Beweggründen suchen“ und England mit „Schimpf und Schande“ überziehen würden, weil es ihren geistigen Horizont übersteige, dass England „eine Weltneuheit“ sei: eine engelgleiche, uneigennütige Macht, die bei ihren Handlungen stets nur das Wohl anderer im Sinn habe. Obwohl England, selbstlos, wie es sei, ganz allein für die Interventionskosten aufkomme, teile es die Früchte seiner Arbeit mit allen anderen, ohne dabei irgendwelche Vorteile für sich herauszuschlagen. Dass auf die eigene Außergewöhnlichkeit verwiesen wird, um das eigene Handeln zu rechtfertigen, scheint ein nahezu universelles Phänomen zu sein. Hätten wir Dokumente von Dschingis Khan, ich wäre nicht überrascht, stünde exakt dasselbe drin.

Nach welchem Grundsatz indes gehandelt wird, das zeigt die Geschichte zur Genüge: Das politische Vorgehen stimmt nur dann mit den verkündeten Idealen überein, wenn es auch mit den Interessen übereinstimmt. Mit „Interessen“ sind hier nicht die Interessen der Bevölkerung gemeint, sondern das „nationale Interesse“, worunter man die Interessen der in der Gesellschaft dominierenden Machtkonzentrationen zu verstehen hat. In einem Beitrag in der *American Political Science Review* („Who Influences U.S. Foreign Policy?“, 2005) legten Lawrence Jacob und Benjamin Page dar, dass die US-Außenpolitik, man ahnt es schon, vor allem von „am internationalen Geschäft orientierten Konzernen“ beeinflusst wird, daneben aber auch von „Experten“, die „ihrerseits unter dem Einfluss der Konzerne stehen können“. Die öffentliche Meinung habe hingegen „wenig oder zumindest keinen bedeutenden Einfluss auf Regierungsvertreter“. Nach Beweisen dafür, dass diejenigen, die den größten Einfluss auf die Politik haben, auch im Besitz der größten Verstandeskraft und nützlichsten Fähigkeiten sind, wird man vergeblich suchen. Sachverstand beweisen diese Leute allenfalls bei der Wahrung ihrer eigenen Interessen.

Die große Seele der Macht ist nicht nur innerhalb einzelner Staaten präsent, sondern kann in praktisch jeden Lebensbereich eindringen, in die Familien ebenso wie in die internationalen Angelegenheiten. Wer in welcher Form auch immer Autorität ausübt oder über andere herrscht, trägt eine sehr schwere Beweislast. So etwas rechtfertigt sich nicht von allein. Autoritäts- und Herrschaftsstrukturen, für die – wie es zumeist der Fall ist – kein zwingender Grund vorliegt, gehören abgeschafft. Für die anarchistischen Bewegungen ist dies schon seit ihren modernen Anfängen das Leitmotiv, wobei sie sich viele Grundsätze des klassischen Liberalismus zu eigen machten. Eine der gesünderen Entwicklungen, die es in letzter Zeit in

Europa gegeben hat, ist, denke ich – neben den föderalen Arrangements und der erhöhten Fluidität, die die Europäische Union mit sich gebracht hat –, die Dezentralisierung staatlicher Macht: traditionelle Kulturen und Sprachen werden wieder belebt, und es gibt einen gewissen Grad an regionaler Autonomie. Manch einer nimmt diese Entwicklungen bereits zum Anlass, über ein zukünftiges Europa der Regionen mit dezentraler Staatsgewalt nachzudenken. Zwischen Staatsangehörigkeit sowie staatsbezogenen Gemeinschaftszielen auf der einen und kommunaler Autonomie sowie kultureller Vielfalt auf der anderen Seite die richtige Balance zu finden, ist keine leichte Aufgabe, und die Frage nach der demokratischen Kontrolle von Institutionen berührt auch andere Lebensbereiche. Wer nicht am Schrein der großen Seele der Macht betet, wer die Welt vor jenen zerstörerischen Kräften zu retten sucht, die derzeit unser aller Überleben gefährden, wer davon überzeugt ist, dass wir uns eine zivilisiertere Gesellschaft ausmalen und auch tatsächlich aufbauen können, der sollte sich mit den genannten Problemen intensiv auseinandersetzen.

Dieser Artikel basiert auf einem Vortrag, den ich zum Gedenken an Edward Said im Mai 2006 an der American University in Beirut hielt. Der vollständige Text findet sich in Assaf Kfoury (Hg.), *Inside Lebanon: Journey to a Shattered Land with Noam and Carol Chomsky*, Monthly Review Press, New York 2007.

Was würde ein Demokrat im Nahen und Mittleren Osten anders machen?

28. März 2008

Vor Kurzem wies *ABC-News*-Korrespondentin Martha Raddatz Vizepräsident Cheney darauf hin, dass eine überwältigende Mehrheit der US-Bürger gegen den Irakkrieg sei, wie Umfragen ergeben hätten. „Und?“, sagte Cheney nur. „Es kümmert Sie nicht, was die Amerikaner denken?“, fragte Raddatz. „Nein“, antwortete Cheney. Erklärend fügte er hinzu: „Ich finde, man darf sich von Schwankungen in öffentlichen Meinungsumfragen nicht vom Kurs abbringen lassen.“ Als die Sprecherin des Weißen Hauses, Dana Perino, später weitere Erklärungen zu Cheneys Äußerungen abgab, wurde sie gefragt, ob sich die Öffentlichkeit „in die Politik einbringen“ solle. Sie beschied den Fragesteller mit den Worten: „Sie haben sich bereits eingebracht. Die Amerikaner haben alle vier Jahre Gelegenheit, sich einzubringen. So funktioniert unser System.“ Da hat sie recht. Alle vier Jahre dürfen die Amerikaner zwischen zwei Kandidaten wählen, deren Ansichten sie ablehnen. Und ansonsten sollen sie die Klappe halten.

Die Öffentlichkeit versteht offenbar nichts von demokratischer Theorie, denn mit diesen Zuständen ist sie ganz und gar nicht einverstanden. „Einundachtzig Prozent sagen, hohe Regierungsvertreter sollten, wenn sie ‚eine wichtige Entscheidung‘ zu treffen haben, öffentliche Meinungsumfragen beachten, weil diese ihnen dabei helfen werden, sich ein Bild von den Ansichten der Öffentlichkeit zu machen.“ Dies berichtete das „Program on International Policy Attitudes“ in Washington. Gefragt, „ob sie finden, dass ‚die Ansichten der Bevölkerung nur bei Wahlen Einfluss haben sollten‘ oder ob ‚die Führer die Ansichten der Bevölkerung auch zwischen den Wahlen bei ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen sollten‘, antwortete ein außergewöhnlich hoher Prozentsatz von 94 Prozent, führende Regierungsvertreter sollten die in der Öffentlichkeit bestehenden Ansichten auch in der Zeit zwischen den Wahlen beachten“. Aus denselben Umfragen geht hervor, dass sich die Öffentlichkeit, was die Berücksichtigung ihrer Wünsche betrifft, kaum Illusionen hingibt: 80 Prozent „sagen, dieses Land werde von ein paar großen Interessengruppen geführt, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien“ und nicht „dem Allgemeinwohl“ dienen.

Mit ihrer grenzenlosen Missachtung der öffentlichen Meinung begibt sich die radikal-nationalistisch gesinnte und Abenteuerpolitik betreibende Bush-Regierung an den äußersten Rand des politischen Spektrums. Aus diesem Grund hat sie sich vom Mainstream in einem noch nie dagewesenen Maße Kritik eingefangen. Eine Hinwendung zur zentristischen Norm ist von einem Kandidaten der Demokraten zwar schon eher zu erwarten, aber das Spektrum

ist sehr eng. Wenn wir uns ansehen, was Hillary Clinton und Barack Obama in der Vergangenheit gesagt und getan haben, fällt es schwer, Anhaltspunkte dafür zu finden, dass sie in Bezug auf den Nahen und Mittleren Osten bedeutende Änderungen in der US-amerikanischen Politik durchsetzen würden.

IRAK

Man sollte sich vor Augen halten, dass keiner der beiden Kandidaten aus dem Lager der Demokraten einen prinzipiellen Einwand gegen die Irakinvasion erhoben hat. Darunter verstehe ich einen Einwand jener Art, wie er allenthalben zu hören war, als die Russen in Afghanistan und die Iraker in Kuwait einmarschierten: eine Anprangerung der Invasoren aufgrund der Tatsache, dass ein Angriffskrieg ein Verbrechen ist, und zwar, wie es bei den Nürnberger Prozessen hieß, „das größte internationale Verbrechen“. Die Kritik an jenen Invasionen lautete nicht, dass es sich dabei um einen „groben strategischen Fehler“ oder um eine Beteiligung an „dem Bürgerkrieg eines anderen Landes, einem Krieg, den (sie) nicht gewinnen können“, handle (so die Äußerungen Obamas und Clintons zur Irakinvasion). Der Irakkrieg wird aufgrund hoher Kosten und ausbleibenden Erfolgs kritisiert. Die Rede ist dabei von „pragmatischen Gründen“. Wer derlei vorbringt, der gilt als sachlich, ernsthaft und gemäßigt – sofern es um westliche Verbrechen geht.

Die Absichten der Bush-Regierung und wohl auch McCains wurden in einer Prinzipienklärung skizziert, die das Weiße Haus im November 2007 veröffentlichte – eine Vereinbarung zwischen Bush und der von Washington unterstützten irakischen Regierung Nuri al-Maliki. In der Erklärung wird den US-Truppen das Recht eingeräumt, auf unbestimmte Zeit im Lande zu bleiben, und zwar zur „Abschreckung ausländischer Angreifer“. (Die einzige tatsächlich in der Region bestehende Angriffsfahr, nämlich die von den USA und Israel ausgehende, ist damit wohl nicht gemeint.) Außerdem sei ein Verbleib der US-Truppen auch für die innere Sicherheit des Landes erforderlich, aber natürlich nur für die innere Sicherheit eines Iraks mit einer den USA hörigen Regierung. Mit der Erklärung verpflichtet sich der Irak, „das Tätigen ausländischer Investitionen, insbesondere amerikanischer Investitionen, im Irak“ zu erleichtern und zu fördern – ein Ausdruck des imperialen Willens, wie er in dieser Dreistigkeit nicht alle Tage formuliert wird. Kurzum, der Irak soll ein Vasallenstaat bleiben, der es zulässt, dass die USA auf seinem Boden militärische Einrichtungen unterhalten, die niemals infrage gestellt werden dürfen (beziehungsweise, nach der bevorzugten Orwellschen Sprachregelung, „von Dauer“ sein

werden), und er hat dafür zu sorgen, dass US-amerikanische Investoren einen besseren Zugriff auf seine riesigen Ölvorräte bekommen als die Konkurrenz. Waren die Invasionsziele auch bisher schon für jeden, der sich nicht von der offiziellen Doktrin blenden ließ, deutlich zu erkennen, so dürften sie inzwischen auch dem Letzten hinreichend klar geworden sein.

Was würden die Demokraten in Bezug auf den Irak nun anders machen wollen? Diese Frage wurde im März 2007 beantwortet, als Repräsentantenhaus und Senat Vorschläge billigten, in denen die Demokraten ihre Vorstellungen von einem Truppenabzug darlegten. General (a. D.) Kevin Ryan, hochrangiger Mitarbeiter des „Belfer Center of International Affairs“ an der Harvard University, analysierte diese Vorschläge für den *Boston Globe*. Sie erlauben es dem Präsidenten, sich im Interesse der „nationalen Sicherheit“ über die Bestimmungen hinwegzusetzen, was ihm, wie Ryan schreibt, riesengroße Schlupflöcher bietet. Den Truppen ist es nach diesen Vorschlägen erlaubt, im Irak zu bleiben, „solange sie eine der drei nachfolgend genannten Aufgaben wahrnehmen: den Schutz US-amerikanischer Einrichtungen, Staatsangehöriger oder Kräfte; die Bekämpfung von Al-Qaida- oder anderen internationalen Terroristen; und die Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte“. Zu den zu schützenden Einrichtungen gehören auch die riesigen US-amerikanischen Militärstützpunkte, die im ganzen Land errichtet werden, und die US-Botschaft, die in Wirklichkeit eine eigene autarke Stadt inmitten einer anderen Stadt ist, was sie von allen anderen Botschaften dieser Welt unterscheidet. Provisorisch wirkt keines dieser Großbauprojekte. Die übrigen Bestimmungen lassen das Ende der Besatzung ebenfalls keinen Tag näher rücken. „Die Vorschläge laufen eher auf eine Neuausrichtung des Truppenauftrags hinaus“, schreibt Ryan. „Schon möglich, dass das eine gute Strategie ist, aber ein Abzug ist es nicht.“ Allzu groß scheinen die Unterschiede zwischen dem, was Obama und Clinton mit dem Irak vorhaben, und den Vorschlägen der Demokraten vom März 2007 nicht zu sein.

IRAN

Was die Iranpolitik betrifft, steht Obama in dem Ruf, gemäßiger zu sein als Clinton, und das Leitmotiv seines Wahlkampfs lautet „Wandel“. Beschränken wir uns an dieser Stelle also auf eine Untersuchung seines Standpunkts. Obama fordert zwar, die USA müssten gegenüber den Iranern eine größere Verhandlungsbereitschaft zeigen, doch ist ein solches Entgegenkommen auch für ihn anscheinend nur in den üblichen engen Grenzen vorstellbar. Seine Position wird wie folgt dargestellt: Obama „würde wirtschaftliche Anreize schaffen und dem Iran den Verzicht auf einen ‚Regimewechsel‘ in Aussicht stellen, wenn er aufhört, sich im Irak

einzumischen; wenn er sich in Sachen Terrorismus und Nuklearangelegenheiten kooperativ zeigt“; und wenn er aufhört, „sich unverantwortlich zu benehmen“, also seine Unterstützung für die militanten schiitischen Gruppen im Irak einstellt. Hier drängen sich ein paar Fragen auf. Wie würden wir zum Beispiel reagieren, wenn der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad sagen würde, er stelle Israel den Verzicht auf einen „Regimewechsel“ in Aussicht, wenn Israel seine völkerrechtswidrigen Aktivitäten in den besetzten Gebieten einstellt und sich in Sachen Terrorismus und Nuklearangelegenheiten kooperativ zeigt?

Die von dem gemäßigten Kandidaten eingenommene Position ist sehr viel militanter als die in der US-amerikanischen Bevölkerung vorherrschende, aber das wird wie üblich nicht zur Kenntnis genommen. Wie alle anderen aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten hat auch Obama seinen ganzen Wahlkampf hindurch darauf bestanden, dass die USA dem Iran mit einem Angriff drohen müssen. (Die Standardformel lautet: „Alle Optionen liegen auf dem Tisch.“) Schon allein die Androhung von Gewalt verstößt gegen die UN-Charta, falls das irgendjemanden interessiert. Und die große Mehrheit der US-Amerikaner ist mit einem solchen Ansatz auch gar nicht einverstanden. Nach von PIPA erhobenen Daten befürworten 75 Prozent der US-Amerikaner den Aufbau besserer Beziehungen zum Iran, während 22 Prozent für „unausgesprochene Drohungen“ sind. Somit vertreten alle Präsidentschaftskandidaten, die noch im Rennen sind, in Bezug auf den Iran eine Position, die von drei Vierteln der US-Bevölkerung abgelehnt wird. Wie die US-Amerikaner und Iraner zur Atompolitik stehen, wird eingehend studiert. In beiden Ländern ist die große Mehrheit der Bevölkerung dafür, dass dem Iran dasselbe Recht gewährt wird, das auch jedem anderen Unterzeichnerstaat des Nichtverbreitungsvertrags zusteht: die Entwicklung von Kernenergie, nicht aber von Kernwaffen.

Für die Schaffung einer „sowohl die islamischen Länder als auch Israel umfassenden atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten“ sprechen sich in den USA und im Iran ebenfalls große Mehrheiten aus. Zudem sind mehr als 80 Prozent der US-Amerikaner für eine vollständige Abschaffung aller Atomwaffen. Wie alle anderen Kernwaffenstaaten sind die USA rechtlich dazu verpflichtet, dieser Forderung nachzukommen, doch die Bush-Regierung hat ganz offiziell mitgeteilt, dass sie gar nicht daran denkt. Dass die Iraner ebenso wie die US-Amerikaner der Meinung sind, Washington solle von der Androhung militärischer Gewalt Abstand nehmen und sich stattdessen um den Aufbau normaler Beziehungen bemühen, versteht sich wohl von selbst. Als die PIPA-Umfrageergebnisse im Januar 2007 veröffentlicht wurden, sagte Joseph Cirincione, Senior Vice President für nationale Sicherheit und internationale Politik am „Center for American Progress“ (und Obama-Berater), bei

einem Diskussionsforum in Washington, die Umfragen zeugten vom „gesunden Menschenverstand sowohl des amerikanischen als auch des iranischen Volks“. Beide „scheinen in der Lage zu sein, über das, was sie von ihren Führern erzählt bekommen, hinaus zu denken und mit gesundem Menschenverstand Lösungen für einige der wichtigsten Probleme zu finden“, mit denen die beiden Länder konfrontiert seien. Hier wie dort wollten die Menschen die zwischen ihren Ländern bestehenden Differenzen ganz pragmatisch auf diplomatischem Wege ausgeräumt sehen.

Zwar haben wir keinen Einblick in die Interna, aber es besteht guter Grund zu der Annahme, dass das Pentagon einem Angriff auf den Iran ablehnend gegenübersteht. Als Admiral William Fallon am 11. März von seinem Posten als für den Nahen und Mittleren Osten zuständiger Chef des Zentralkommandos zurücktrat, wurde dies weithin als Ausdruck seiner ablehnenden Haltung gegenüber einem solchen Angriff gewertet, und es gilt als wahrscheinlich, dass das Militärkommando insgesamt ebenfalls dagegen ist. Dass die US-Geheimdienste in ihrem „National Intelligence Estimate“ vom Dezember 2007 berichteten, der Iran habe seit 2003 – als er sich ohne Erfolg um eine umfassende Konfliktbeilegung mit den USA bemühte – kein Atomwaffenprogramm mehr verfolgt, könnte ein Anzeichen dafür sein, dass ein Militärschlag gegen den Iran auch in diesen Kreisen auf Ablehnung stößt.

Es gibt viele Unwägbarkeiten. Doch dafür, dass sich die Lage unter einem Präsidenten Obama oder einer Präsidentin Clinton wesentlich verbessern würde oder dass sie die Iranpolitik ihres Landes womöglich gar in Einklang mit der Mehrheitsmeinung der US-Bürger und dem Rest der Welt bringen würden, dafür gibt es bisher keine konkreten Hinweise.

ISRAEL-PALÄSTINA

Auch was Israel und Palästina betrifft, haben die Präsidentschaftskandidaten bislang in keiner Weise durchblicken lassen, dass es ihnen um konstruktive Änderungen zu tun ist. Auf der Internetseite des Kandidaten für „Wandel“ und „Hoffnung“ lesen wir, dass er, Obama, „die Beziehungen zwischen den USA und Israel voll und ganz unterstützt“. Er sei „davon überzeugt, dass es im Nahen Osten unsere oberste und unbestreitbare Pflicht sein muss, für die Sicherheit Israels, des stärksten Verbündeten Amerikas im Nahen Osten, zu sorgen“. Wie unschwer zu erkennen ist, haben die Palästinenser das weitaus ernstere Sicherheitsproblem. Mehr noch, sie haben ein Existenzproblem. Aber die Palästinenser sind kein „starker Verbündeter“; sie sind allenfalls ein sehr schwacher. Um die Notlage der Palästinenser brauchen wir uns also wenig zu sorgen – gemäß dem geltenden Prinzip, wonach wir für

Menschenrechte in der Regel nur dann etwas übrig haben, wenn für uns dabei auch etwas herauspringt, sei es Machtzuwachs, Profitsteigerung oder ideologischer Nutzen. Auf seiner Internetseite begegnen wir einem Obama, der sich in Bezug auf Israel als Superfalke geriert: „Er ist der Überzeugung, dass Israels Existenzrecht als jüdischer Staat niemals in Zweifel gezogen werden darf.“ Dafür dass das Existenzrecht anderer Staaten als muslimisch/christlich/weiß „niemals in Zweifel gezogen werden darf“, hat Obama sich nach allem, was man weiß, bislang noch nicht stark gemacht.

Obama verlangt eine Aufstockung der Auslandshilfe, „um zu gewährleisten, dass (die) Prioritäten bei der Mittelvergabe (für Militär- und Wirtschaftshilfe an Israel) eingehalten werden“. Er besteht auch mit allem Nachdruck darauf, dass die USA „die Hamas erst dann anerkennen“ dürften, wenn diese „sich von ihrem grundlegenden Ziel einer Vernichtung Israels verabschiedet“ habe. Die Hamas, eine politische Partei, kann von einem Staat gar nicht anerkannt werden. Obama muss also die Regierung gemeint haben, die von der Hamas gebildet wurde, nachdem sie freie Wahlen gewonnen hatte – Wahlen, denen wir in Übereinstimmung mit den in der Elite vorherrschenden „Demokratie“-Vorstellungen die Rechtmäßigkeit absprechen, weil uns das Wahlergebnis nicht passte. Dass die Hamas schon mehrfach die Umsetzung ebenjener Zweistaatenlösung gefordert hat, auf die sich die Staatengemeinschaft – außer den USA und Israel – längst verständigt hat, spielt keine Rolle. Nicht dass Obama die Palästinenser vollständig ignorierte: „Obama ist der Überzeugung, dass es sowohl für Israelis als auch für Palästinenser gut wäre, wenn palästinensische Familien ein besseres Leben führen könnten.“ Es findet sich bei Obama auch ein Hinweis auf zwei Staaten, die Seite an Seite leben sollen, doch ist die Formulierung so schwammig, dass US-amerikanische und israelische Falken sich nicht daran stören werden.

Was die Palästinenser betrifft, so gibt es jetzt zwei Möglichkeiten. Entweder die USA und Israel verabschieden sich von ihrer nunmehr 30-jährigen Verweigerungshaltung und akzeptieren den internationalen Konsens über die Zweistaatenlösung, so wie es das Völkerrecht verlangt und wie es im Übrigen auch dem von einer großen Mehrheit der US-Amerikaner geäußerten Wunsch entspräche; diese Option besteht immer noch, auch wenn sich die beiden Blockadestaaten intensiv darum bemühen, sie möglichst bald vom Tisch zu haben. Oder aber die USA und Israel fahren damit fort, ihre eigene Lösung umzusetzen. Dann bleiben die im Gazastreifen lebenden Palästinenser in ihrem Gefängnis eingesperrt, während jene im Westjordanland weiterhin in einzelnen, durch israelische Siedlungen und riesige Infrastrukturprojekte praktisch vollständig voneinander abgeschnittenen Kantonen hausen

müssen, die Israel in ihrer Gesamtheit ebenfalls in ein Gefängnis verwandelt, indem es sich auch noch das Jordantal einverleibt.

Vielleicht ändern sich die Umstände ja noch, und womöglich ändern sich die Präsidentschaftskandidaten sogar mit ihnen, zum Wohle der USA und der Region. Es ist nicht gesagt, dass die öffentliche Meinung weiterhin an den Rand gedrängt oder einfach ignoriert werden kann. Vielleicht gelangen diejenigen, die mit ihrer konzentrierten Wirtschaftsmacht erheblichen Einfluss auf die Politik unseres Landes nehmen, ja doch noch zu der Erkenntnis, dass sie selbst mehr davon hätten, wenn sie sich nicht länger der harten Linie Washingtons anschließen, sondern sich stattdessen an den in der US-Bevölkerung und im Rest der Welt vorherrschenden Ansichten orientieren.

Dieser Text basiert auf der aktualisierten Taschenbuchausgabe von Gilbert Achcar / Noam Chomsky / Stephen Shalom, *Perilous Power: The Middle East and U.S. Foreign Policy – Dialogues on Terror, Democracy, War, and Justice*, Paradigm Publishers, Boulder/London 2008.

